



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 7
November 2020

SPEZIAL:

- **Realitätsverlust bei Markus Söder**
- **Corona-Demo in München**

DER ZWEITE LOCKDOWN

Der zweite Lockdown ist da. Das öffentliche Leben in Deutschland steht erneut weitgehend still, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dürften verheerend sein. Dem Mittelstand droht der totale Kollaps.

Sie haben es wieder getan. Bund und Länder haben das öffentliche Leben in Deutschland weitgehend heruntergefahren. Diesen Winter werden die Deutschen also weitgehend ohne Gastronomie, Kultur und Tourismus auskommen müssen. Dabei stellt sich die Frage, ob der Lockdown aktuell gerechtfertigt ist. Denn noch ist in den Kliniken keine Notlage erkennbar und trotz der stark angestiegenen positiven PCR-Fallzahlen liegen die Sterbefälle in einem vollkommen normalen Bereich. Doch niemand kann wissen,

was der Winter bringt und Vorsicht ist mit Sicherheit angebracht. Doch braucht es hierfür derart massiven staatlichen Zwang? Fakt ist: Die aktuellen Maßnahmen werden dem deutschen Mittelstand endgültig das Genick brechen und gleichzeitig Großkonzernen wie Amazon und Microsoft neue Rekordumsätze bescheren. Es ist also bereits jetzt absehbar, dass die Coronakrise die Regierungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte fortschreiben wird: Die Mittelschicht wird aufgelöst. Und das nicht erst seit Corona. Wenn sich Merkel und Söder nun gönnerhaft geben und riesige Hilfspakete auch für kleine Unternehmen schnüren, ist das dreiste Augenwischerei. Denn die dafür aufgenommenen Schulden wollen zurückgezahlt werden. Und von wem? Na klar, vom Mittelstand.

Weitere Themen:

- **Titel: 750 Milliarden für die EU**
- **TOPTHEMA: Wirtschaft**
- **Überwachung und Corona**
- **Neuer Migrationspakt**
- **INFO: Inflation**
- **Söder holt das Triple**
- **Vermögensabgabe oder Steuern?**
- **Kurzarbeit bei EVOBUS**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: WIRTSCHAFT

Deutschland ist noch immer ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, aber nicht wegen, sondern trotz der Politik unserer Bundesregierung. Doch auch bei uns zeigen sich mittlerweile die fatalen Auswirkungen von ideologiegetriebenen staatlichen Maßnahmen. Mit dem Green Deal hatte die EU bereits vor Corona den Sargnagel für alle europäischen Industrienationen geschmiedet. Und mit dem Kampf gegen unsere Automobilindustrie hat sich auch

Ausverkauf der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, an Finanzinvestoren aus dem Ausland. Und die Ursachen liegen auf der Hand: Planwirtschaft, explodierende Energiepreise und ideologische, möchtegerngrüne Politik. Diese gefährliche Mischung aus Klimasozialismus und Weltrettungsfantasien stürzt selbst die leistungsfähigste Volkswirtschaft in den Abgrund. Wenn sich also die Bundesregierung nun hinstellt und die aktuelle Wirtschaftskrise allein



MITTELSTAND: GENUG IST GENUG

unsere Bundesregierung sichtlich bemüht, um Deutschland nachhaltig an die Wand zu fahren. Auch der Mittelstand und die Landwirtschaft gehen wegen dieser rücksichtslosen Politik zunehmend vor die Hunde, dort kaufen Investoren mittlerweile ganze Betriebe auf. Die Coronakrise verschärft deswegen nur einen Trend, der schon letztes Jahr deutlich erkennbar war. Bereits vor Corona gab es einen breiten Stellenabbau in der Industrie, die Abwanderung von Unternehmen ins Ausland und auch einen zunehmenden

auf das Coronavirus schiebt, dann ist das unseriöse Heuchelei. Und von Erholung kann in der Wirtschaft leider keine Rede sein: Im Gegenteil, die verheerenden Auswirkungen der Corona-Maßnahmen werden wir erst in den kommenden Monaten richtig zu spüren bekommen. Zehntausende Unternehmen werden diese Krise nicht überstehen. Allein im Einzelhandel werden 50.000 Insolvenzen erwartet. In Mittelstand und in der Industrie sieht es kaum besser aus. Es wird sich am Ende zeigen, ob dieser Preis nicht zu hoch war.

REALITÄTS- VERLUST BEI MARKUS SÖDER

Markus Söder bezeichnete bei seiner Regierungserklärung am 28.10.2020 die Beschwerden der Bürger und Unternehmen über die Corona-Maßnahmen wörtlich als „Jammern auf hohem Niveau“. Damit zeigt er eine beispiellose Ignoranz gegenüber den hunderttausenden Menschen, die im Verlauf der Coronakrise allein in Bayern in existenzbedrohende Schwierigkeiten geraten sind. Gleichzeitig beweist Söder entweder ein mangelndes Wissen um die Auswirkungen der Maßnahmen oder aber einen beispiellosen Mangel an Empathie: Denn die Lockdowns haben weltweit verheerende Auswirkungen auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. CSU-Minister Gerd Müller warnte kürzlich, dass infolge der Lockdowns weltweit mehr Menschen sterben als am Coronavirus. Man muss sich diese Aussage einmal bewusst machen. Und auch der Bayerische Ministerpräsident sollte einmal darüber nachdenken.





„Wenn dieses Gesetz so durch den Bundestag geht, ist die Demokratie meiner Meinung nach faktisch abgeschafft.“

Ein Zitat von RA Ivett Kaminski, geteilt von Vera Lengsfeld

Die Menschenrechtsaktivistin Vera Lengsfeld hat sich einem Aufruf der Rechtsanwältin Ivett Kaminski angeschlossen, die die Abgeordneten des Deutschen Bundestags um Ablehnung des „Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ bittet. Das Gesetz ermöglicht dem Staat auf 38 Seiten beispiellose Eingriffe in die Freiheit der Bürger, die in dieser Form vergangenen deutschen Diktaturen in keiner Weise nachstehen. Ob die Abgeordneten wohl begreifen, was sie damit auf den Weg bringen?

ÜBERWACHUNG UND CORONA

Zahlreiche politische Funktionäre, darunter Markus Söder, haben der deutschen Corona-WarnApp einen begrenzten Nutzen attestiert und weitere Funktionen gefordert. CDU-Fraktionsvorsitzender in der Bremer Bürgerschaft, Thomas Röwekamp, forderte kürzlich sogar, dass die Bürger mit einem Bußgeld belegt werden sollen, wenn sie die App nicht nutzen wollen. Zusätzlich sagte Röwekamp, dass man die Kontaktnachverfolgung der Behörden über die App abwickeln solle. Das würde bedeuten, dass der

Staat mit der App ein bundesweites System betreiben würde, mit dem jeder soziale Kontakt eines jeden Bürgers erfasst und gespeichert würde – eine befremdliche Vorstellung. Bereits Ende März forderte der CDU-Wirtschaftsrat, dass man „wegen Corona“ auch die Kreditkartendaten der Bevölkerung erfassen wolle, angeblich diene das der Kontaktnachverfolgung. Die CDU gibt sich offensichtlich keine Mühe, ihre Absichten in der Coronakrise zu verheimlichen: Man plant die totale Überwachung.

NEUER MIGRATIONSPAKT

Die EU plant einen neuen Migrationspakt. Dabei verspricht man zahlreiche Verbesserungen zur Steuerung und Begrenzung der Migration. So sollen beispielsweise Asylanträge von Menschen aus Staaten mit geringer Anerkennungsquote innerhalb von 12 Wochen in einem schnellen Grenzverfahren bearbeitet werden und für eine „gerechte“ Verteilung anerkannter Asylbewerber innerhalb der EU gesorgt werden. Was dabei jedoch nicht geklärt wird: Wie viel Zuwanderung verkraftet die EU aktuell

überhaupt? Und wie wahrscheinlich ist es, dass die Verteilung der Asylbewerber auf die Mitgliedsstaaten diesmal besser funktioniert? Viel spricht dafür, dass der neue Migrationspakt am Ende nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben ist. Und bereits jetzt ist absehbar, dass Deutschland auch in Zukunft die Hauptlast bei der Zuwanderung tragen wird – mit allen gesellschaftlichen Auswirkungen. Die Akzeptanz der Bürger für diese Entwicklung hat längst einen Tiefpunkt erreicht.

INFO: INFLATION

Seit Jahren wird uns erzählt, dass die Inflation in der Eurozone trotz der Gelddruck-Orgien der EZB im normalen Bereich oder sogar unterdurchschnittlich sei. Das mag stimmen, wenn man die gängige Berechnung der Inflation über einen fiktiven Warenkorb heranzieht. Doch ist diese Betrachtung zutreffend? Nicht ganz, denn mit dem gedruckten Geld werden ja nicht Butter und

Brot gekauft, sondern Immobilien, Aktien und Gold. Die gedruckten Billionen fließen also in Vermögenswerte und verursachen dort eine erhebliche Inflation von 10-20 Prozent jährlich. Die Bürger spüren das an explodierenden Immobilienpreisen und steigenden Mieten. Es ist also eine dreiste Irreführung von Politik und Medien, dass man das Gelddrucken als harmlose

finanzpolitische Maßnahme darstellt. Fakt ist, dass die verantwortungslose Geldpolitik der EZB die Bevölkerung gleich auf zwei Wegen enteignet: Einerseits über den Niedrigzins und andererseits über die Inflation bei den Vermögenswerten. Diese fatale Entwicklung beweist einmal mehr, dass der Euro vielleicht eine schöne Idee war, aber längst zum Enteignungsmonster mutiert ist.

SÖDER HOLT DAS TRIPLE

Markus Söder hat es geschafft, er hat das Triple geholt: Bayern ist Spitzenreiter bei Kurzarbeit, Exporteinbruch und Anstieg der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig hatte der Freistaat die meisten Coronafälle, auch in Relation zur Einwohnerzahl. Warum angesichts dieser verheerenden Zahlen ausgerechnet Söder als erfolgreicher Krisenmanager gefeiert wird, erschließt sich dem

informierten Bürger wohl kaum. Vielleicht handelt es sich auch nur um eine gezielte Kampagne der Medien, um Söder für eine Kanzlerkandidatur in Stellungen zu bringen? Er hat jedenfalls bereits bewiesen, dass er über jedes Stöckchen springt, das ihm die Leitmedien vorsetzen. Als letztes Jahr die große Fridays for Future-Kampagne lief, wandelte sich Söder innerhalb weniger

Monate vom Kritiker des Kohleausstiegs zum eindeutigen Befürworter. Und seit die Medien ihre Corona-Geschütze auffuhren, steht Söder Gewehr bei Fuß und hilft den Medienkonzernen bis heute dabei, das Angstniveau in der Bevölkerung stets ausreichend hoch zu halten. Und so viel vorausseilenden Gehorsam belohnen die Medienhäuser natürlich entsprechend.

VERMÖGENSABGABE ODER STEUERN?

Ohne die umfassenden „Hilfsprogramme“ der Bundesregierung (Kurzarbeitergeld, Soforthilfen etc.) wäre die Stimmung in Deutschland nach dem ersten Lockdown wohl schnell gekippt. Doch die Bundesregierung verteilte bereitwillig Geld und selbst kleine Provinz-Fußballclubs erhielten für ausgefallene Umsätze großzügige Hilfen. Leider scheint einigen

Bürgern nicht bewusst zu sein, dass der Staat dieses Geld nicht auf der Bank liegen hatte und sich für die Hilfszahlungen mit enormen Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt neu verschulden musste. Dieses Geld muss irgendwann zurückgezahlt werden und diejenigen, die sich aktuell über unbürokratische Soforthilfen freuen, dürften sich spätestens nach der kommenden Bundestagswahl noch wundern:

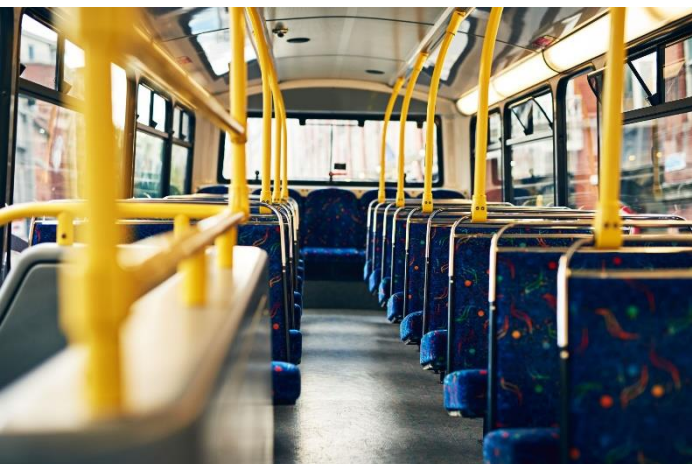
Denn die Bundesregierung muss zwangsläufig die Steuern erhöhen oder eine erhebliche Vermögensabgabe erheben, um die Kredite zurückzahlen zu können. Der Bundestag hat bereits ein entsprechendes Gutachten erstellt, wonach eine derartige Abgabe verfassungskonform wäre. Man kann sich also bereits ausrechnen, wohin die Reise geht. Und auch hier steht bereits fest: Die Mittelschicht zahlt die Zeche.

KURZARBEIT BEI EVOBUS NEU-ULM

Der Neu-Ulmer Reisebushersteller Evobus hat annähernd die gesamte Belegschaft in Kurzarbeit geschickt. Damit stehen die Bänder beim größten industriellen Arbeitgeber der Region bis auf weiteres still. Infolge der Corona-Maßnahmen ist der Reiseverkehr weitgehend eingebrochen, was in der Branche einen regelrechten Nachfrageschock nach sich gezogen hat. Es darf bezweifelt werden, ob hier bald eine Erholung eintreten wird. Viel eher erscheint es wahrscheinlich, dass die Bustouristik kurz vor ihrem Exodus steht, denn selbst ohne Lockdown sorgen die aktuellen Maßnahmen (v.a. die Maskenpflicht) dafür, dass sich Busreisen von einer erholsamen Freizeitaktivität zu einer unangenehmen Tortur gewandelt haben. Die Busunternehmen haben vollkommen unverschuldet ihr Geschäftsmodell verloren und es ist wohl illusorisch, dass der

Staat die ganze Branche über einen längeren Zeitraum über Wasser halten kann. Werden wir also nach Corona noch Busreisen unternehmen können? Und ist es verantwortlich, mit staatlichen Maßnahmen ganze Wirtschaftssektoren abzuwürgen? Auch hier kann man den Eindruck gewinnen, dass mehr Eigenverantwortung und Freiwilligkeit in der Coronakrise für alle Beteiligten von Vorteil wäre. Die Bürger haben längst bewiesen, dass sie verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Es bleibt daher zu hoffen, dass die Bundesregierung schon bald von ihrem Kurs der autoritären Pandemiebewältigung abweicht und den Menschen in unserem Land wieder mehr Vertrauen schenkt. Wer Argumente hat, braucht keinen Zwang – das gilt auch in der Coronakrise. Die Reiseunternehmen würden es Merkel, Söder und Co. sicherlich danken, wenn man auch ihnen ein wenig mehr Verantwortung zugestehen würde. Doch werden wir das noch erleben?

„Die Reisebranche hat völlig unverschuldet ihr Geschäftsmodell verloren.“



CORONA-DEMO IN MÜNCHEN

Am 02. November demonstrierten tausende Menschen auf der Münchener Theresienwiese gegen die Corona-Maßnahmen und den zweiten Lockdown. Die Stimmung war friedlich, es kam zu keinen Ausschreitungen. Die Kundgebung wurde im Laufe der Veranstaltung zu einem Gottesdienst gewandelt, ein Pfarrer hielt eine Andacht.

DIE GUTE NACHRICHT

Endlich ist es raus! Endlich wissen wir, warum die Berichterstattung in Deutschland so einseitig ausfällt. Sage und schreibe 92 Prozent der Volontäre bei der ARD wählen einer Umfrage zufolge entweder SPD, Linke oder Grüne. Die Grünen liegen dabei mit 57 Prozent mit deutlichem Abstand auf Platz 1. Wenn der Nachwuchs des deutschen Leitmediums ARD bereits so eingenordet ist, dann

kommen glorreiche Zeiten auf die Zuschauer des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu: In Zukunft dürften sich die Beiträge des Senders dann nur noch um Gendersternchen, Hatespeech und klimaneutrales Müsli drehen und dafür weniger um Themen wie Altersarmut, Bildungsniveau und soziale Gerechtigkeit. Denn diese Themen kommen bei den modernen Mächtigen-Linken

mittlerweile kaum noch zur Aussprache – möglicherweise, weil man für diese echten Probleme auch echte Lösungen braucht und die wohlstandsverwahrlosten Kiddies der Grünen Jugend lieber Texte gendern, als Konzepte für ein tragfähiges Rentensystem zu erarbeiten. Mit so einem Medien-Nachwuchs kommen zumindest keine größeren Überraschungen auf uns zu. Auch ein Vorteil.

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

TELEFON:

089 4126-3412

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zusschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

